

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag. Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Jähren. Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rätestraße 16a part.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonnenzeile: Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.

Unser Verband in der zehnten Kriegswoche.

Für die Woche vom 4. bis zum 10. Oktober liegen von 429 Verwaltungen Berichte über den Mitgliederstand, die Mitgliederbewegung und die Kassenlage vor.

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in der Berichtswoche wieder ziemlich bedeutend verringert. Es wurden 39 640 Arbeitslose gezählt gegen 45 335 in der Woche zuvor.

Table with 7 columns: Berichtswoche, Verwaltungen, Mitglieder, etc. Summary row shows 165 187 members and 344 602 unemployed.

Die Zahl der Arbeitslosen war am höchsten in der dritten und vierten Kriegswoche. Von da an ging die Arbeitslosenzahl ständig und ziemlich gleichmäßig zurück.

Abericht über die Zeit vom 4. bis 10. Oktober 1914.

Table with 7 columns: Bezirk, Verwaltungen, Mitglieder, etc. Summary row shows 429 reports and 344 602 unemployed.

Die meisten Arbeitslosen befinden sich im vierten Bezirk mit 8581; an zweiter Stelle folgt der 10. Bezirk mit 6639 Arbeitslosen.

Der Rückgang der Arbeitslosen verteilt sich nicht gleichmäßig auf alle Bezirke. Ein Vergleich der Verhältniszahlen zeigt das deutlich.

Unterstützung für Arbeitslose.

Cöpenick bei Berlin. Die Stadtverordnetenversammlung hat die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschlossen.

Halle a. S. In Nr. 40 der Metallarbeiter-Zeitung wurde über die Arbeitslosenunterstützung der Stadt Halle berichtet.

Sohlernburg. Die Stadtverordnetenversammlung lehnte einen Antrag auf Errichtung einer Arbeitslosenfürsorge ab.

Langerfeld bei Baemen. Die Arbeitslosen erhalten von der Stadt: Ehemann und alleinlebende Personen 3,50 M.

Ober-Schwetweide bei Berlin. Arbeitslosenunterstützung wird an solche Personen bezahlt, die durch den Krieg arbeitslos geworden sind.

Oederan. Für Arbeitslose sind folgende Unterstützungs-einrichtungen getroffen: Arbeitslose Familien erhalten Naturalien.

Reimscheid. Von der Einführung der Arbeitslosenunterstützung durch die Stadt wurde Abstand genommen.

Schmölln (S.-A.). Die Stadt Schmölln gewährt an arbeitslose Angestellte und Arbeiter Unterstützung nach folgenden Bestimmungen.

Schöneberg bei Berlin. Die von der Stadt in Aussicht genommene Arbeitslosenunterstützung ist nun endgültig beschlossen.

näheren Bestimmungen teilen wir bereits mit (siehe Nr. 42 der Metallarbeiter-Zeitung). Geändert wurde nur die Bestimmung, wonach jetzt die Unterstützung für ein kinderloses Ehepaar 8 M. und für jede weitere zu unterstützende Person 1,50 M. bis zum Höchstbetrage von 17 M. die Woche beträgt.

Treptow-Baumischulentweg bei Berlin. Nach Maßgabe der in Berlin geltenden Bestimmungen über die Arbeitslosenunterstützung sollen auch in den Gemeinden Treptow-Baumischulentweg die Arbeitslosen unterstützt werden.

Unterstützung. Die Stadt hat in Gemeinschaft mit dem Gewerkschaftsrat ihre Tätigkeit zugunsten der Arbeitslosen begonnen.

Eine Familie mit 4 Kindern hat also zusammen 18,55 M. zu erhalten. Verdient der Familienvater 9 M. bei Notstandsarbeiten, dann erhält er noch 9,55 M. Zuschuß.

Wilmersdorf bei Berlin. Die Stadtgemeinde hat zur Unterstützung der durch den Krieg arbeitslos gewordenen und in Not geratenen Bürger Mittel zur Verfügung gestellt.

Die Volksernährung während des Krieges.

Es ist eine alte Weisheitslehre, daß für die erfolgreiche Durchführung eines Krieges nicht nur die Versorgung des Heeres, sondern auch die der heimlich zurückbleibenden Volksmassen mit Nahrungsmitteln eine der wichtigsten Voraussetzungen ist.

Schon in den Tagen, als die Gewitterwolken des Weltkrieges noch im Anzuge waren, konnte man im Volke eine allgemeine Sorge um die Sicherstellung der Ernährung beobachten.

Damals schon erkannten die tiefblickenden Kenner der wirtschaftlichen Zusammenhänge, daß ohne ein behördliches Eingreifen nicht auszukommen sein werde.

Die unglückliche Wende des Krieges nach seiner ersten beispiellosen Ausdehnung der ohnehin mit den schmerzlichsten Opfern besetzten unerbittlichen Volksschichten ausgerechnet wurde.

eine Steigerung von mehr als ein Drittel des früheren Preises. Die Preise der Kartoffeln weisen zum Teil einen noch ungeheureren Stand auf. In manchen Großstädten wurden sie auf über 7 M für den Zentner hinaufgeschraubt. Dabei war die Ernte dieses Jahres eine recht günstige. Die Höchstpreise der Regierung werden leider den gegenwärtigen Marktpreisen nahekommen.

Es mag eine gewisse Berechtigung haben, was der bayerische Bauernführer Dr. Heim öffentlich versichert, daß nämlich nicht die Bauern, sondern die Händler die hohen Preise herbeiführen, indem sie sich gegenseitig überbieten und dem Bauern die Ware gleichsam aus der Hand reißen. Doch es ist auch nachgewiesen, daß vielfach von den Landwirten die Erzeugnisse, besonders das Getreide, zurückgehalten werden in der Hoffnung auf ein weiteres Steigen der Preise. In den Getreidemarktberichten war während der letzten Wochen öfters zu lesen, daß selbst die behäufte Nachfrage der Käufer nicht befriedigt werden konnte. Die dem Zustand hätten rechtzeitig festgesetzte Höchstpreise vorzubeugen vermocht. Aber es mühten Höchstpreise sowohl für den Groß- als für den Kleinverlauf bestimmt werden.

Und auch die Höchstpreise allein tun es noch nicht. Eine richtige Verteilung der vorhandenen Vorräte muß hinzukommen. Wer sich die Stellung vergegenwärtigt, die zu Friedenszeiten von den Regierungen und den bürgerlichen Parteien zu solchen Vorschlägen eingebracht wurde, wird diesen Gedanken für völlig ausschließend halten. Und doch ist er es nicht. Bei Beginn des Krieges allein vom sozialdemokratischen Parteivorstand aufgestellt, wird diese Forderung jetzt mit allem Nachdruck auch von dem genannten Dr. Heim und von zahlreichen bürgerlichen Blättern, darunter selbst die bündlerische Deutsche Tageszeitung, erhoben. Eine Preisregelung ohne Vorratsregelung heißt Heim für vollkommen wirkungslos. Die Preise dürfen nicht künstlich durch ein Überangebot oder eine Zurückhaltung auf und ab getrieben werden, sondern durch ein dem Vorrat und dem Bedürfnis angepaßtes Angebot müssen gleichbleibende Preise, die dem Normalstand möglichst nahekommen, gebildet werden. Eine solche Regelung ist vor allem auch darum notwendig, weil beim Getreide der vorhandene Vorrat nicht reichen wird bis zur nächsten Ernte. Man schätzt, daß das heutige Weizenzeugnis für 8 Monate, das Roggenzeugnis für 11 Monate genügen werde. Bei dieser Knappheit muß jeder unnötigsten Verwendung sowohl als jeder Leerung vorgebeugt werden. Auch ist es möglich, den Vorrat zu „trecken“. Die Vermehrungsmenge des Weizens kann geodert, eine höhere Mehlausbeute kann erzielt werden. Ebenso ist möglich, wenn eine zweckmäßige Verteilung durchgeführt wird, auch eine Kontrolle darüber möglich, ob die zur Viehfütterung verwendeten Getreidemengen in richtigem Verhältnis stehen zu den der Menschenernährung dienenden Mengen. Es ist wiederum Dr. Heim, der auch diesem Gedanken das Wort redet.

Man sieht, der Ernst der Kriegszeit führt manche Gedanken der Klasse entgegen, die noch vor kurzer Zeit als unaufrührbar galten. Die Erkenntnis dringt sich immer mehr Bahn, daß der Organisationsgedanke, der zurzeit in den Leistungen der Heeresorganisation und der Truppenbeförderung geradezu Triumph feiert, auch im Wirtschaftsleben, vor allem in der Verteilung der Nahrungsmittel, folgerichtige Anwendung finden muß. Die Frage der Volksernährung ist schließlich auch eine Organisationsfrage. Vorurteile, die in der Massenelbstsucht wurzeln, hemmen bisher die Einsicht, daß durch eine vernünftige Verteilung ein großer Fortschritt erzielt werden kann. Kostet es, wie die Erfahrung zeigt, die maßgebenden Stellen auch noch eine gewisse Ueberwindung, zu wichtigen Taten überzugehen, so werden sie schließlich doch keinen anderen Ausweg finden, und die harte Kriegszeit wird, wie auf manchem andern Gebiet, so auch auf diesem, einen Teil der Vorurteile hinwegschwemmen auf Kameraderleben.

Die deutsche Sozialdemokratie und der Krieg.

Um den Augen, die im Ausland über Deutschland und auch über die Haltung der deutschen Sozialdemokratie zum Kriege verbreitet wurden, entgegenzutreten, hat Genosse Philipp Scheidemann, Mitglied des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion, am 21. August einen Brief an die New Yorker Volkszeitung gerichtet, die ihn am 19. September veröffentlichte. Der Brief lautet:

Deutschland gleicht postulisch jetzt einer Insel, die man vollkommen von der übrigen Welt abgeperrt hat. Das ist deshalb schlimm, weil man die ganze Welt durch die Berichte der englischen, französischen, belgischen und russischen Agenturen in der schonlosigsten Weise angulogen hat, ohne daß man deutschseits in der Lage ist, die Wahrheit festzustellen.

Sie berichten Ihnen einige Tatsachen. Den Krieg hat in Deutschland niemand gewollt. Dem widerstrebt auch nicht die Tatsache der deutschen Kriegserklärung an Rußland und schließlich auch an Frankreich. Hätte Deutschland, das über die Vorbereitungen seiner Nachbarn genau unterrichtet war, noch einige Zeit gegipelt, dann wäre Rußland mit seiner längst heimlich betriebenen Revolutionierung fertig geworden und hätte unter im Osten nur wüßig gestöhntes Land mit seinen Kojaken überzogen. Und dann wäre uns...

Auf Rußland laßt die Hauptkugel an dem heutigen Kriege. Noch während der Zeit mit dem deutschen Kaiser im Doppelverhältnis stand, um miteinander für den Frieden zu wirken, ließ er heimlich nicht nur gegen Österreich, sondern auch gegen Deutschland rufen.

Daß Frankreich, das als republikanische Frankreich, auf Tod und Verderben mit dem russischen Sozialismus verbandelt ist, in eine ihrer nächsten Lebensjahre. Und daß England, das parlamentarisch regierte, demokratische England, Seite an Seite mit den Russen gegen Deutschland kämpft, um für Freiheit und Recht einzutreten, das ist eine Geschichte von wahrhaft gigantischer Schamlosigkeit.

Sie brauchen vor sozialistisch gefärbten Lesern nicht erst Bekleidungen anzupfeifen über die Ursachen auch dieses Krieges — er ist eine Tatsache von erschütternder Größe. Und mit dieser Tatsache heißt es jetzt rechnen. Rußland, Frankreich, Belgien, England, Serbien, Dänemark und Japan setzen im Kampf, um für Freiheit und Recht zu kämpfen, das heißt: gegen das Deutsche zu kämpfen, das ist der Welt Gerechtigkeit, und mit Karl Marx geboren hat es seine Aufgabe, diese Situation nicht zu beschreiben und zu kritisieren, sondern sie zu überwinden. Ihre Aufgabe ist es, dazu noch nicht auf. Am 1. August 1914 sah sich die Sozialdemokratie eines jeden einzelnen Landes vor die entsetzliche Tatsache des Krieges gestellt. Was tun?

Am 1. August gab es schon keine Möglichkeit mehr, einen Brief oder ein Telegramm über die deutschen Landesgruppen zu bringen. Das war ein Scheitern, das wir noch der Erinnerung Jean Jaurès nach Paris hatten, in niemals ausgelassen. Die Sozialdemokratie eines jeden Landes war auf sich selbst angewiesen.

Zur Stunde, wo ich diesen Brief schreibe, am 21. August, wieder in Deutschland immer noch nichts über Einzelheiten der Verhandlungen in den Parlamenten Frankreichs und Belgiens. Man hat in Deutschland immer noch nichts über Einzelheiten der Verhandlungen in den Parlamenten Frankreichs und Belgiens. Man hat in Deutschland immer noch nichts über Einzelheiten der Verhandlungen in den Parlamenten Frankreichs und Belgiens.

land auch. Die Franzosen haben die Kriegskredite bewilligt, die Belgier haben Vorkredite in das Verteidigungsministerium einbringen lassen. Daß die englischen Genossen für die strikte Neutralität Englands eingetreten sind, ist selbstverständlich. Jedes andere Verhalten ihrerseits wäre ein Verbrechen am Sozialismus gewesen. Es wird niemand so unverständlich sein wollen, Vergleiche zu ziehen zwischen dem Verhalten der deutschen Sozialisten und dem der englischen. Wir in Deutschland hatten die Pflicht, uns gegen den Fatalismus zu wehren, hatten die Aufgabe zu erfüllen, das Land der am meisten entwickelten Sozialdemokratie zu schützen vor der drohenden Katastrophe durch Rußland. In England war zu entscheiden, ob man in diesem Streit zwischen Deutschland und Rußland Partei ergreifen oder neutral bleiben sollte.

Ein von dem Jaren geschicktes Deutschland hätte die sozialistische Bewegung der ganzen Welt, nicht nur die Deutschlands, um Jahrzehnte zurückgeworfen.

Uebrigens: Auch wir Sozialdemokraten haben nicht aufgehört, Deutsche zu sein, weil wir uns zur sozialistischen Internationale bekennen. Und wenn wir im Reichstage einstimmig die Kriegskredite bewilligt haben, so haben wir lediglich mitgeteilt, was oft genug von unseren Besten von der Reichstagstribüne versichert worden ist...

Wir haben als überzeugte Sozialisten für die Kriegskredite gestimmt und diese Abstimmung durch eine Erklärung des Parteivorstandes Hause motiviert. Wir verlangen in unserem Programm das Volkswort an Stelle des stehenden Heeres. Warum verlangen wir das Volkswort? Weil wir es für den besten Schutz gegen jeden Angriff auf das Vaterland halten. Also! Auch wir wollen unser Vaterland schützen. Hätten wir nun in der Stunde der Not sagen sollen: Ja, das Vaterland wollen wir gegen das Kunstregiment des Jaren auch schützen, aber wir verlangen den Schutz durch eine Miliz! Da wir eine Miliz noch nicht haben, bedienen wir uns des stehenden Heeres nicht, da lassen wir lieber die Kosaken ins Land!!!

Von welcher Seite man immer das Problem betrachtet, wir deutschen Sozialisten konnten nicht anders handeln, als wir gehandelt haben. Eine Partei, wie die deutsche Sozialdemokratie, also die stärkste des Landes, kann vor-Laufen den Kopf nicht in den Sand stecken, sie muß handeln! Es ist nicht übertrieben: In der jetzigen Kriegszeit ist das ganze deutsche Volk einig! Das ganze Volk ist entschlossen, Liebe es, was es wolle, den Krieg so schnell als möglich, und zwar siegreich zu beenden. Kein Mensch hatte hier Groll gegen Frankreich und jedermann wünschte, daß zwischen Deutschland und Frankreich sobald als möglich ein ehrenvoller Frieden herbeigeführt wird.

Im übrigen ist man in Deutschland guten Rufs. Niemand zweifelt daran, daß unser Land sich siegreich behaupten wird gegenüber der großen feindlichen Uebermacht.

Eine falsche Behauptung.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands veröffentlicht folgendes:

Der Daily Citizen bringt in seiner Nr. 627 vom 10. Oktober einen Bericht eines Berliner Korrespondenten über das Verbot des Vorkredites. In diesem Bericht wird einleitend gesagt, daß die sozialdemokratische Partei am 4. August für die Kriegskredite stimmte allein wegen einer Uebereinkunft mit der Regierung, daß die sozialistische Presse während des Krieges alle Freiheiten der übrigen Presse genießen würde.

Die Redaktion sagt dieser Korrespondenz eine Erklärung an, in der es unter anderem heißt:

Eine Festsellung ist besonders interessant. Es scheint, daß das berühmte Wort der Sozialisten für die Kriegskredite, durch die deutsche Regierung erlaubt wurde gegen verschiedene Konzeptionen. Die Regierung hat aber nun ihr Wort nicht gehalten und das Uebereinkommen ist jetzt gebrochen.

Wir stellen gegenüber diesem Bericht des Daily Citizen, der angeblich von einem führenden deutschen Sozialisten stammen soll, folgendes fest:

Vor der Abstimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 4. August haben keinerlei Verhandlungen mit der Reichsregierung darüber stattgefunden, welche Haltung die Regierung zur Sozialdemokratie während der Dauer des Krieges einnehmen würde. Die Haltung der Regierung zur Sozialdemokratie hatte nicht den geringsten Einfluß auf die Abstimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 4. August.

Die deutsche Sozialdemokratie hat von jeher eine Schachpolitik abgelehnt, bei der ihre Haltung durch Konzeptionen der Regierung hätte bestimmt werden können. Vor und am dem 4. August ist von keiner Seite innerhalb oder außerhalb der Fraktion auch nur der Versuch gemacht worden, der sozialdemokratischen Fraktion eine solche Konzeptionenpolitik vorzuschlagen. Ein solcher Versuch hätte auch sofort eine einmütige Zurückweisung erfahren.

Die „Festsellung“ im Daily Citizen entspricht deshalb in keiner Weise den Tatsachen.

(Achtung: „Festsellungen“, wie die des englischen Arbeiterblattes Daily Citizen, werden auch in gewissen Genossenschaftlichen Deutschen zum Besten gegeben. Red. der Metallarbeiter-Zeitung.)

Der „Sozialismus“ der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung.

Der Krieg hat auch eine Reihe von Maßnahmen gebracht, die gleichmäßig allgemein als sozialistisch bewertet werden, wenn sie auch von den herrschenden Behörden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung angeordnet sind. Dies Vorgehen hat mancherlei Ähnlichkeiten im Geolge gehabt. Auch der neue Sozialismus über alles liebende Rundschauer der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung besteht sich die Sorge. Er findet da auf einmal (in der Wochenendausgabe: Was lehrt die Zeit? Nr. 40 vom 1. Oktober), daß in seiner weitesten Bedeutung der Sozialismus die natürlichste Sache von der Welt ist, ja sogar in Wahrheit eine von Gott gewollte Einrichtung. Jetzt Ruh, der Rundschauer, erklärt, mit dieser Erkenntnis müge man durchaus Ernst machen. Diese Erkenntnis müge das Unternehmertum nicht wundern; ging doch früher schon eine Anzahl der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung ins Land, darunter nicht nur die Sozialisten, sondern auch alle anderen Sozialisten, die sich für diese Sache einsetzen, was uns nur ganz natürlich nach Sozialismus nach. Dem Grunde ist Freude herrschen über den Sünder, der Ruhe ist; die Arbeitgeber-Zeitung wußte sich indes einen Sozialismus gereicht, wie er ist in den Ruhe paßt. Das dies unter einem großen Eindruck von Begriffsverwirrung geschieht, ist bei unserem Rundschauer selbstverständlich. Aus seiner Haut kann keiner heraus.

Jetzt Ruh behauptet mit seinem verächtlichen Lächeln, daß „Sozialismus“, insofern er ist: Dieser Erziehungsanspruch, daß ist im gegenwärtigen Augenblick notwendig, weil von verschiedener Seite her mit einem Schein von Recht behauptet wird, daß wir durch den Krieg ganz von selbst in eine sozialistische Richtung geraten würden. Ist es nicht eine Sozialistisches in reinster Form, wenn die hohe Obrigkeit die Punkte für eine möglichsten Lebensdauer festlegt? Wenn sie diese und jene Punkte aus der Hand überträgt? Wenn sie sich unangelegentlich

um das Verhalten der privaten Parteien und Konventionen kümmert? Ein Teil der Verfassung ist außer Kraft gesetzt, die Zeitungen erscheinen unter Zensur, das freie, individualistische System ist auf weiten Gebieten gegen ein sozialistisches Regiment ausgetauscht, die Produktionsmittel sind hier und da, die Verteilungsmittel in weitem Umfang in den Dienst der Allgemeinheit gestellt, und man muß zugestehen, daß all diese Maßnahmen nicht nur, wie sich von selbst versteht, als durch die gegenwärtige Lage höchst gerechtfertigt angesehen werden, sondern daß sich auch mancher ganz damit einverstanden erklärt, wenn diese oder jene Ausdehnung der Staatsgewalt über den Kriegszustand hinaus erhalten bliebe! Sodann aber läßt sich nicht in Abrede stellen, daß auch im allgemeinen die sozialistische Temperatur um verschiedene Grade gestiegen ist. Ein Strom von Gleichheit und Brüderlichkeit ist durch das deutsche Volk gegangen, und jeder von uns hat dieses Gefühl als etwas Bedeutendes, Beglückendes empfunden; gerade hier hat man gewiß überall gewünscht, daß solche Stimmung nicht nur unter dem harten Druck drohender Gefahr die Volksgenossen bereinigen möchte, sondern daß sie uns auch als kostliche Frucht dieser schweren Zeit bis in alle Zukunft hinein erhalten bliebe!

Janzohl, die sozialistische Temperatur ist um verschiedene Grade gestiegen; es mag für manche Schildhalter des Kapitalismus mit seinem „sehe jeder, wie er's treibe, sehe jeder, wo er bleibe“, bitter genug sein, da nun umlernen zu müssen. Jetzt Ruh scheint jedoch noch noch andere Leute in diesen Tagen anzunehmen, daß der Sozialismus, der nach dem Kriege bleiben soll, ebenfalls keine Spur mehr von der neuzeitlichen Arbeiterbewegung an sich tragen dürfe. Es ist die Sorge für das umfassende kapitalistische Erbteil, die den Rundschauer der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung sagen läßt:

„Danzwillen freilich mengen sich schon heute die Stimmen derjenigen, die den Sozialismus wieder nach der besonderen Natur ihres Parteiprogramms aufgefaßt wissen wollen und denen jene soziale Temperatur gerade geeignet erscheint, um ihre politischen und wirtschaftlichen Forderungen zur Reife zu bringen.“

Ach! Da verrät der Rundschauer ja seine Schwäche! Wäre dieser von dem Unternehmertum so bekämpfte Sozialismus so grundbeschieden von manchen der jetzt eingeführten Kriegsmaßnahmen, so wäre ja wenig Gefahr, daß die besonnenen wirtschaftlichen und politischen Forderungen zur Reife gebracht werden könnten! Um seine Schwäche zu verdeutlichen, belegt unser Philosoph seine Ausführungen mit Ueberzeugungsargumenten; daran ist aber leicht zu erkennen, daß die von den Sozialisten auch beteuert ist. Ein für alle mal, so erfahren wir, habe es mit dem internationalen Sozialismus sein Ende. Die Unmöglichkeit der Ansicht, daß die sozialistische Bewegung einen durchaus internationalen Charakter tragen müßte, dürfte durch Zeugnisse von jurchbarem Gewicht bewiesen sein. Dürfte sagt man aber doch nur, wenn man durchaus nicht so fest von dem Vorgetragenen überzeugt ist. Jetzt Ruh stellt die Sozialisten verblüffend, weil sie den 50. Gründungstag der „roten Internationale“ durch „Festartikel“ gefeiert haben. Er weiß natürlich ganz gut, daß das Kapital international vertritt ist und daß es im allgemeinen dahin strömt, wo die fettesten Profitkappen winken, ohne Rücksicht darauf, welches Land in Frage kommt. Bei dieser Sachlage wird die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung schon früh genug erfahren, daß die internationale Verurteilung eine Notwendigkeit für die Arbeiter aller kapitalistisch ausgebeuteten Länder ist.

Der Rundschauer wüßte sich dann einen „Sozialismus“, der dem Kapitalismus nicht wehe tut. Er schreibt:

„Des weiteren aber bemerken wir, daß recht gut eine sozialistische, eine legitime sozialistische Erziehung Platz greifen kann, ohne daß an der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gerüttelt zu werden braucht. In welcher Wirklichkeit steht das deutsche Volk zusammen, der Reichsleiter wie der Mensch, sie kämpfen Schulter an Schulter, sie sind Kameraden, sie teilen Not und Gefahr, sie opfern der Gesamtheit, was in ihren Kräften steht. Über gerade daß es auch reiche Leute gibt, die helfen können, daß es Arme gibt, die ohne Scheu und ohne Bitterkeit diese Hilfe als etwas Selbstverständliches, und doch mit herzlichsten Dank entgegennehmen, das ist in sozialistischer Beziehung der schönste Zug, den das Bild dieser ersten Tage aufzuweisen hat. Und wirtschaftlich betrachtet, wie könnte es um uns, wenn nicht der Kapitalismus, dessen Uebermächtigkeit und Ausbreitungen keineswegs geleugnet werden sollen, für eine so wohlgefüllte Kriegskasse gesorgt hätte?“

Daß sich am Kapitalismus „Ausbüchse“ und „Ausbreitungen“ zeigen, ist schon allerbald, nun es durch die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung festgestellt wird. Würden die Dinge näher bezeichnet, dann könnte man weiter gehen. Doch jetzt Ruh ist verschwiegen. Er will aber doch wohl nicht gar sagen, daß die Hilfsbedürftigkeit breiter Volksmassen während des Krieges ein Segen für das Land sei? Was soll aber sonst das Gerede? Sicher wäre es weit besser, wenn der Kapitalismus dem Volk soviel gelassen hätte, daß es während des Krieges aus eigener Mitteln hätte durchhalten können. Dies wäre bedeutend besser als der „schöne Zug“, der unsern Unternehmerrhetorikern so in die Augen fällt. Die wüßstümliche Verteidigung des Kapitalismus: Reiche müssen sein, damit sie den Armen helfen können — hat ja der Rundschauer des Unternehmerrhetorikern schon in den Friedenszeiten an die Dummen zu bringen versucht. Der Sozialismus der kapitalistischen Unternehmer soll nur bis zur Arbeitsausübung im Großbetriebe gehen. Da ist so ziemlich alles sozialistisch geordnet, wenn auch lange nicht immer jeder an der rechten Stelle steht. Aber bei der Verteilung der Gewinne soll es nach den Wünschen der Kapitalisten ewig so bleiben, daß die Handvoll Einzelner das Geschäft besorgen. Diesem kapitalistischen „Sozialismus“ werden die Arbeiter oder keinen Geschmack abgewinnen, wie sehr auch jetzt Ruh über die „sozialistische Richtung“ losdonnert, die durch Uebertrieb, Phantasterei und Verwahrheit zu den verderblichsten Fortschritten geführt haben soll. Wenn aber der „echte und rechte“ Sozialismus in dem Worte gipfeln soll: „Alles, das ihr wolle, das euch die Leute tun lassen, das tut ihr ihnen auch, das ist das Gesetz und die Prophezie!“ — dann sind wir wieder mit bei der Partie. Dieses Wort paßt aber für den Kapitalismus wie die Faust aufs Auge. Der Kapitalismus lebt nur, und er kann nur leben, wenn sein Gegenpart, das bedürftige Proletariat, da ist. Ein Millionär wird sich nicht bekommen lassen, etwa 12, 24 oder 36 Stunden in der Wüßstümlichkeit der Walzwerke zu schenken. Der Kapitalismus darf gar nicht wünschen, daß es der Masse der anderen Leute gut geht, denn dann fehlten ja die „Hände“, die Reichtum halten. Mit Rebersarten, und hätten sie einen noch so „frommen“ Anspruchs, kann auch ein Philosoph diese harten Tatsachen nicht aus der Welt schaffen. Und weil er es nicht kann, deshalb muß er schon gestatten, daß der Sozialismus, wie er in der Arbeiterbewegung lebendig ist, auch nach dem Kriege bleibt, und daß er immer größere Volkskreise in den Raum seiner Ansparungen zieht. Diese Ansparungen wurzeln in den tatsächlichen Verhältnissen und sie haben die Zukunft für sich. Auch manche Kriegsmaßnahmen haben dieser Richtung neue Nahrung gegeben. Und jetzt Ruh und die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung müssen sich damit abfinden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 1. November der 45. Wochenbeitrag für die Zeit vom 1. bis 7. November 1914 fällig ist.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Bezirksleitung im 4. Bezirk: Der Former Emil Hmann, geb. am 14. November 1866 zu Steint, Buch-Nr. 2,025,771, wegen Markenmanipulationen; der Dreher Max Sturm, geb. am 27. September 1887 zu Köstau, Buch-Nr. 2,088,858, wegen betrügl. Manipulationen. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Wehrhar: Der Former Karl Trenz, geb. am 20. Mai 1868 zu Nordhausen, Buch-Nr. 1,089,77, wegen Unterschlagung von Beitragsmarken.

Anforderung zur Rechtfertigung.

Das nachfolgend genannte Mitglied wird aufgefordert, sich wegen der gegen ihn beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Bielefeld:

Der Former Hans Erdmann, geb. am 22. Juni 1885 zu Bongrau, Buch-Nr. 1,312,227, wegen unkollegialen Verhaltens.

Mit Ablauf dieses Jahres gehen die Mitgliedsbücher der im Jahr 1891, 1892 und 1905 eingetragenen Mitglieder zu Ende. Die Ortsverwaltungen werden ersucht, wenn möglich jetzt schon mit der Bestellung von zweiten, dritten und vierten Mitgliedsbüchern zu beginnen, damit die Einsteckung der Hauptnummern und der Verband keinen Anstoß erleidet. Für Mitgliedsbücher, die wegen unrichtiger Markenlebung oder Fehlen eines Blattes zu Ende gehen, werden nur Ersatzbücher ausgestellt; in solchen Fällen ist das alte Mitgliedsbuch mit einzuliefern.

Zur Bestellung von zweiten, dritten und vierten Büchern ist die genaue und deutliche Ausfüllung von Ausnahmen erforderlich. Diese müssen enthalten: die Hauptnummer, Namen und Vornamen, Beruf, Geburtsort und Geburtsjahr, Tag und Ort des Eintritts des Buchinhabers. Bestellungen auf Blätter sind ungeeignet und können nicht erledigt werden.

Die bestellten Bücher werden nach einem Vergleich mit der Stammtafel nummeriert und alsdann den Verwaltungsstellen zum Zweck der Ausstellung zugesandt.

Für die zu Ende gehenden Bücher der zum Kriegsdienst einberufenen Mitglieder ist keine Bestellung erforderlich. Diese erhalten die neuen Bücher erst dann, wenn sie vom Militär entlassen sind und sich innerhalb der vorgeschriebenen Frist (§ 5 Absatz 6 des Statuts) wieder anmelden. Bestellungen auf eine Anzahl Bücher mit dem Bemerkten, daß die Hauptnummern am Orte eingesteckt und uns später die Beitragshefte zugesandt werden, können nicht erledigt werden.

Die Eintragung der Unterstützungsbeiträge, auf die besondere Sorgfalt zu verwenden ist, hat in der Weise zu geschehen, daß die Beiträge bis zum 15. August 1913 summarisch, die einzelnen Unterstützungsbeiträge jedoch getrennt aufzuführen sind. Vom 15. August 1913 an sind die Beiträge einzeln unter genauer Angabe der Bezugszeit und des Auszahlungsbetrags einzutragen. Geschieht das nicht, dann läßt sich nicht zurückrechnen, ob und wann das Mitglied beim Bezug weiterer Unterstützung ausgetreten ist.

Die Zahl der gestellten beitragsfreien Marken (bei Arbeitslosigkeit, Krankheit) und sonstiger Beitragsbefreiung (bei militärischer Dienstleistung, Aufenthalt im Ausland) ist genau zu notieren und an der hierfür vorgesehenen Stelle auf Seite 2 der neuen Mitgliedsbücher zu vermerken. Sind beitragsfreie Marken innerhalb der letzten 72 Wochen, also vom 15. August 1913 an gesteckt, so ist auch die Zeit anzugeben, in der sie gesteckt wurden, zum Beispiel von der ... bis zur ... Woche 19...

Die abgelieferten ausgebrauchten Mitgliedsbücher dürfen, um Mißbrauch zu verhüten, an die betreffenden Mitglieder nicht wieder ausgehändigt werden. Sie sind vielmehr bis nach erfolgter Ausfertigung aller in der Verwaltungsstelle benötigten zweiten und dritten Bücher aufzubewahren, alsdann der Gesamtsatzverwaltung zur Kontrolle vorzulegen und unter Aufsicht der Verwaltungsmitglieder zu vernichten. Zur Erleichterung der Kontrolle hat der mit der Ausstellung der zweiten und dritten Bücher von der Ortsverwaltung beauftragte eine genaue Liste über die ausgegebenen Bücher zu führen und die Personalien der Inhaber in dieselbe einzutragen. Die Liste ist zum Zweck eventueller Nachprüfung am Orte aufzubewahren.

Zur Erleichterung der Feststellung der Buchnummern, die mit Ablauf dieses Jahres zu ersetzen sind, empfiehlt es sich, wenn sich die Ortsverwaltungen alle mit Jahresabschluss 1914 ablaufenden Mitgliedsbücher aus ihrer Mitgliederliste jetzt schon anzusehen und die Eigentümer der betreffenden Buchnummern ausfinden, ihr Mitgliedsbuch bei der Ortsverwaltung zur Entnahme vorzulegen.

Die Mitglieder werden ersucht, den Ortsverwaltungen und Geschäftsführern diese Arbeit der Feststellung möglichst zu erleichtern. Wir bemerken dazu, daß die Ausfertigung von Ersatz-Mitgliedsbüchern entsprechend den Bestimmungen des § 21 Absatz 1a des Statuts nur innerhalb sechs Wochen des ersten Quartals 1915 spätestens erfolgen kann. Nach Ablauf dieser Frist eingehende Anträge auf Ausfertigung von zweiten und dritten Büchern können nicht mehr berücksichtigt werden.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Hölzstraße 16a, zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Hölzstraße 16a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist. Mit kollegialen Gruß Der Vorstand.

Rundschau.

Gewerkschaften keine politischen Vereine!

Doch eine gewerkschaftliche Organisation nicht nach den gesetzlichen Bestimmungen behandelt werden soll, die für die politischen Vereine in Betracht kommen, eine solche Auffassung scheint jetzt bei den Behörden einzuziehen. Vor kurzem konnten wir mitteilen, daß der Berliner Polizeipräsident seine Verfügung zurückgenommen hat, wenn auch nur vorläufig, auf die Dauer des Krieges. Nun sieht sich auch der Regierungspräsident in Regnitz ebenfalls veranlaßt, in der gegenwärtigen Zeit die Zurücknahme einer politischen Verfügung gegen unsere Verwaltungsstelle Regnitz anzuordnen. Zur besseren Erklärung sei folgendes zunächst voraus bemerkt. Schon seit längerer Zeit verfuhr die Polizeibehörde in Regnitz bei den dortigen Mitgliedschaften uneres Verbandes für einen politischen Verein zu erklären. Sie

verlangte die Einreichung des Statuts und das Verzeichnis der Vorstandsmitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Ortsgruppe Köpenau von unserem Beitragskammer, andernfalls sollte eine Geldstrafe von 50 M., im Unvermögensfälle sieben Tage Haft, in Kraft treten. Obwohl in der Beschwerde gegen diese Verfügung ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß erstens unser Verband kein politischer Verein ist und in Köpenau eine selbständige Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nicht besteht, da die Mitglieder in Köpenau zu der Verwaltungsstelle Regnitz gehören, sondern dieser Einwand bei den Behörden keine Beachtung. Landrat und Regierungspräsident wiesen die Beschwerde zurück und verlangten, daß dem Verlangen der Polizeibehörde in Köpenau nachgegeben wird. Eine Wende erfuhr diese Angelegenheit insofern, als nun unser Geschäftsführer in Regnitz ebenfalls eine politische Aufforderung erhielt, das Statut der Ortsgruppe Köpenau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes einzureichen und die Namen der Vorstandsmitglieder mitzuteilen, widrigenfalls eine Geld- oder Haftstrafe in Kraft treten sollte. Auch die gegen diese Verfügung eingelegte Beschwerde wurde sowohl vom Landrat als auch vom Regierungspräsidenten zurückgewiesen. Nun mußte das Oberverwaltungsgericht in beiden Fällen angerufen werden. Bevor es jedoch zu einer Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht kam, hat die Polizeibehörde in Köpenau auf Anweisung des Regierungspräsidenten ihre Verfügung zurückgenommen, und zwar mit folgender Begründung: „Auf Weisung des Herrn Regierungspräsidenten zu Regnitz wollen wir aus folgenden Gründen unsere an Sie ergangene Verfügung vom 21. März 1914, betreffend Einreichung des Statuts der Ortsgruppe Köpenau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, sowie des Verzeichnisses der Vorstandsmitglieder zurückziehen. Nachdem der gegenwärtige Krieg das deutsche Volk, wie kaum je zuvor, zu einer einmütigen Erhebung entflammt hat, würde es nicht angemessen erscheinen, wenn die kommunalen Verwaltungsbehörden mündertätige Interessen dadurch betonen, daß sie die in den gegenwärtigen Zeitläuften unerheblich erscheinenden Verwaltungssachen zu Ende führen. Es ist jetzt von größerem Werte, die Einheit der Nation und ihr größtmögliches Streben ungehindert zu lassen, als in unbedeutenden Einzelsachen den Rechten zum Siege zu verhelfen oder Gesetzesübertretungen zu ...".

Unter dieser Begründung stehen die Namen der Vorstandsmitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Ortsgruppe Köpenau. Da es sich hier nur um die Zurücknahme der Verfügung gegen unsern Geschäftsführer in Regnitz handelt, so darf man wohl annehmen, daß die Verfügung gegen unsern Beitragskammer in Köpenau ebenfalls zurückgenommen wird. Dies ist um so mehr zu erwarten, da es sich ja nur, nach Ansicht der Behörden, um „unbedeutende Einzelsachen“ handelt.

Arbeitsmarkt und Frauennarbeit in der Rüstungsindustrie.

Bei Krupp in Essen, bei Ehrhardt in Düsseldorf und in den zahlreichen Maschinenfabriken, die von diesen Firmen Teilarbeiten übernommen haben oder für sie neue Maschinen bauen, herrscht angeregtes Schaffen und Arbeiten. Von den vielen Millionen, die das Reich sich durch die Anleihe zu guten Zinsen verschafft hat, fließt kein geringer Teil in die Taschen der Rüstungsmagnaten. Diese Millionen schaffen den Unternehmern Reserven, mit deren Hilfe sie ihre bisherige überlegene Stellung auch in der Herstellung von „Friedensmaterial“ gegen ihre Wettbewerber später einmal unantastbar machen werden. Das wird noch lange zu spüren sein, wenn die regelmäßige Friedensarbeit wieder einermäßen beginnt. Dann wird die Rüstungsindustrie mit vollem Dampf vorwärts schreiten, während die anderen erst langsam die fürchterlichen Schäden des Krieges ausbessern müssen.

Natürlich hat die Kriegstrübsarbeit auch für die Arbeiter günstige Folgen. Die Arbeitslosigkeit ist bei den Metallarbeitern in Rheinland-Westfalen geringer als sonst irgendetwo, die Wasserstände mit den Werken allein vielfach ausgenommen. Aber damit hören die günstigen Wirkungen auf. Höheren Lohn für die Leistung, wie sie die Unternehmern doch tagtäglich jetzt vom Staat bezahlt bekommen, hat noch kein Arbeiter der Rüstungsindustrie von seinem Unternehmer erfahren. Und dieser gleiche Lohn bedeutet für den Granatenther bei Ehrhardt, für den Kanonengießerei bei Krupp noch lange nicht das Beste, was eine Beschäftigung im Frieden. Er wird ja aus den Schulden bezahlt, die das Reich gemacht hat. Bei den gewaltigen Einnahmen aller Staatsrentnahmen gibt es auch bei glänzender Kriegsentwickelung in Zukunft die schönsten Steuern und Zölle.

Nun haben wir heute noch nirgends die Rede. Im Gegenteil, in den Städten mit der besten Arbeitsgelegenheit findet man auch bei unseren Freunden die größte Zuerückheit über die wirtschaftliche Zukunft der Arbeiterklasse. Und es ist ja auch wahr. Zurzeit ist für diese Arbeiterschichten die Unsicherheit ihrer Lage für die Kriegszeit aufgehoben. Erlernete Treffer sind gewisse besonders geliebte Arbeiter sind vom Arbeitsmarkt einfach verschunden. Und neben den zahllosen Gesuchen um Dienstbefreiung bei der Militärbehörde haben die Unternehmer Frauenarbeit eingeführt. So arbeiten Frauen heute mit an den Werkbänken, die dem Feind zum Sturz hingerichtet werden in seine unsicheren Stellungen, die nur die Kasse des Fliegers betrübt. Natürlich sind die Frauen nicht überall zu brauchen; bisher hat man sie hauptsächlich zu Teilarbeiten an dem Zylinder der Granaten herangezogen. Aber bei Ehrhardt, dessen Verdienst weit mehr als bei Krupp von der Geschossmunition abhängt, ist in neu eingestellten Personal das Frauentelement vielleicht in der Mehrzahl. Bei Krupp allerdings fallen die wenigen hundert Frauen zu den vielen Neueinstellungen kaum ins Gewicht. Aber es ist der Ruhm mit einem alten Gebräuche. Zum erstenmal haben Frauen als Arbeiterinnen die Kruppische Fabrik betreten.

Woran besteht die Frauenarbeit? Ein Band dünnes Stahlblech kommt in die Abstellung und wird von der Maschine in keine Streifen geschnitten. 80 bis 90 Frauen sitzen an langen Tischen und wachen mit einer einfachen Vorrichtung ganz harmlose, unscheinbare Federn. Draußen im Feinde drückt dann der Kanonier auf dies Federchen und sofort hat das keine Ding einen feinen Mechanismus in Gang gesetzt, der die Granate nach Bedarf auf 2000, 3000 oder 4000 Meter zerpflegen läßt. Hat sich der Offizier in der Entfernung verrecknet, so kriecht die Granate zu weit vor oder hinter dem Feinde und fliegt ihm weiter keinen Schaden zu. Aber auch wenn die Granate durch Zufall niederfällt, ohne zu plagen, ist sie gefährlich, zu vergleichen einer Mine, die dicht vor den Feind gelegt wurde. Ein unvorsichtiges Berühren mit dem Fuß, und das kleine Ding, von Frauenhand gemacht, bringt die Granate zum Bersten.

Die Frauen bei Krupp arbeiten eine Stunde weniger als die Männer. Sie kommen eine halbe Stunde später und gehen eine halbe Stunde früher. Aber wo ihre Arbeit unmittelbar Männerarbeit ersetzt, scheinen sie sogar mehr zu leisten. So bei der Rüstung und bei der Abnahme im Zylinderbau. Die Arbeit verlangt ein feines Gefühl in den Fingern und ist daher für Frauenarbeit sehr geeignet. Gut es doch, mit seinen Messbarrichtungen bereits Fehler von ein Sechstel Millimeter festzustellen. Der Verdienst der Frauen beträgt 2,50 M. bis 3,20 M., wo die Männer 4 M. bis 5,50 M. erhalten, und wo die Männer Prämien bekommen, erhalten die Frauen für dieselbe Leistung die halbe Prämie. Das macht im ganzen für Krupp etwa eine Erparnis von 500 bis 600 M. täglich. Daß die Bezahlung der Frauen anders wird, ist kaum anzunehmen. Denn als einmal durch Anzeige 48 Frauen gesucht wurden, war die ganze Salzer Straße von 3000 bis 4000 Frauen voll, die alle Arbeit haben wollten. Die Prämie bekommt weibliche Arbeiterinnen fast nie. 3000 Frauen auf 48 Stellen, das läßt uns ahnen, wieviel Not und Elend trotz angestrenzter Arbeit in den Familien der Kruppischen Arbeiter herrscht.

Die sächsischen Metallarbeiter und der Krieg.

Die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, vierter Bezirk (Sachsen), hat neben der in jedem Quartal erscheinenden Ausstellung über Mitgliederbewegung und Beitragsleistung in den Verwaltungsstellen dieses Bezirkes für das dritte Quartal 1914

eine Ausstellung über die zum Kriegsdienst einberufenen Mitglieder und über die an die Arbeitslosen gewährten Unterstützungssummen herausgegeben. Aus diesen Ausstellungen ist die tief einschneidende Wirkung des Krieges für die sächsischen Metallarbeiter ersichtlich. Die Mitgliederzahl, die am Ende des zweiten Quartals im Bezirk 87 873 betrug, sank auf 59 874 am Schluß des dritten Quartals herab, das ist also ein Rückgang von 27 999 Mitgliedern oder 31,77 Prozent. Zum Kriegsdienst waren bis zum Quartalschluß einberufen im Bezirk zusammen 25 238 Mitglieder oder 28,78 Prozent der am Schluß des zweiten Quartals vorhandenen Mitgliederzahl. Prozentual am meisten betroffen wurde im Bezirk die Verwaltungsstelle Plauen i. V., deren Mitgliederzahl sank von 1847 auf 927; zum Militär traten davon ein 872 Mitglieder oder 47,26 Prozent. Dann folgt Bautzen, wo die Mitgliederzahl von 1036 auf 645 sank; es traten dort zum Militär ein 424 oder 40,92 Prozent.

Die drei Großstädte Sachsens sind wie folgt in Mitleidenschaft gezogen: Chemnitz stellte zum Kriegsdienst 5130 Mitglieder oder 27,72 Prozent; die Mitgliederzahl sank von 18 628 auf 12 355. In Dresden traten ein zum Kriegsdienst 6481 oder 28,16 Prozent; die Mitgliederzahl ging zurück von 23 011 auf 16 007. In Leipzig verringerte sich die Mitgliederzahl von 16 032 auf 10 383; hier stellten sich zum Kriegsdienst 4822 oder 30,07 Prozent.

Doch in der sächsischen Metallindustrie die Arbeitslosigkeit und die Betriebsbeschränkungen außerordentlich groß sind, geht ja schon aus dem Umstand hervor, daß die sächsische Metallindustrie sehr stark für die Ausfuhr arbeitet. Mit Kriegsausbruch hörte der Versand nach dem Auslande vielfach so gut wie ganz auf und die Folge davon war die große Arbeitslosigkeit. An Arbeitslosenunterstützung wurde im Bezirk im dritten Quartal die Summe von 729 700,54 M. herausgegeben; das macht auf jedes der am Quartalschluß noch vorhandenen Mitglieder 12,18 M. aus. Prozentual die höchste Summe auf die vorhandene Mitgliederzahl wurde in Dippoldiswarde mit 2334,10 M. (auf 1 Mitglied 32,57 M.) ausbezahlt. Dann folgt Engersdorf mit 2527 M. oder 32,39 M. auf 1 Mitglied. Danach Plauen, das einen Betrag von 29 952,20 M. oder auf 1 Mitglied 32,31 M. zur Auszahlung brachte.

Die drei Großstädte Chemnitz, Dresden und Leipzig hatten bei der Arbeitslosenunterstützung prozentual dieselbe Reihenfolge ein: bei den zum Militär einberufenen Mitgliedern. Chemnitz zahlte aus an Arbeitslosenunterstützung 101 443,30 M. (8,21 M. auf 1 Mitglied). Dresden folgt mit einer Summe von 188 842,05 M. oder 11,79 M. auf 1 Mitglied. In Leipzig betrug die Arbeitslosenunterstützung 153 785,85 M. oder 14,81 M. auf 1 Mitglied. Da nur in der ganzen sächsischen Metallindustrie die Arbeitslosenunterstützung gewährt wird, so kommt in diesen Summen lange nicht der Schaden zum Ausdruck, den die sächsischen Metallarbeiter durch den Krieg zu erleiden haben. Weltweit in den meisten Betrieben sind so große Betriebsbeschränkungen vorgenommen worden, daß ein ganz erheblicher Teil der übrigen vorhandenen Mitglieder in seinem Verdienst so geschwächt ist, daß er teils nur wenig mehr und teils nur soviel Verdienst aufweist, als die Arbeitslosenunterstützungssätze des Verbandes ausmachen.

Die obigen Zahlen reden eine so klare Sprache, daß bei ihrem Studium wohl manchem bisherigen Gewerkschaftsgegner der ungeheure Wert der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter für das Vaterland im allgemeinen, aber im besonderen in den jetzigen Zeiten klar werden dürfte.

Nochmal ein verurteilter Streikposten.

Am 29. Juni 1914, während der Aussperrung bei Linde-Sofmann, hielt sich der ausgesperrte Schlosser Karl Lippale als Streikposten in der Märkischen Straße auf. Seine ganze Tätigkeit bestand darin, an Arbeiter höflich heranzutreten, die in den Linde-Sofmann-Werken um Arbeit nachfragten, um sie über die herrschende Aussperrung zu unterrichten. Der Streikposten wurde gewaltsam auf die Polizei gebracht. Bei seiner Festnahme soll er den Schulkleuten Hilbig, Rißke und Neubarth Mißachtung geleistet haben. Am 16. Oktober stand L. vor dem Schöffengericht, um sich wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen und Widerstand gegen die Staatsgewalt zu verantworten. Das Schöffengericht unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Englich verurteilte den Angeklagten zu 12 M. Geldstrafe. In der Urteilsbegründung wurde gesagt: Die Anordnung der Schule leute an den Angeklagten, sich von der Märkischen Straße zu entfernen, lag durchaus im Interesse der öffentlichen Ordnung. Der Angeklagte war unbedingt verpflichtet, Folge zu leisten. Ein Recht, die Anordnung zu kritisieren, stand ihm nicht zu. Auch ein Widerstand liegt vor. Immerhin liegt der Fall milde und eine Geldstrafe von 12 M. sei eine ausreichende Sühne.

Wie wir unser Eisern Kreuz erwarben.

Unter dieser Epithete erhielten wir folgende Zuschrift: „Die Inhaber des Eisernen Kreuzes 1914, denen der aufrichtige Dank des deutschen Vaterlandes für alle Zeiten gebührt ist, bitte ich, Generalleutnant z. D. Freiherr v. Dindlage-Campe, Berlin-Galenster, Mollatstraße 61, Namen und Adresse mitzuteilen. Er beabsichtigt, den Helben aus dem jetzt tobenden Weltkriege ein Ehrenband zu errichten, wie er es in seinem Werte: „Wie wir unser Eisern Kreuz erwarben“ für die Inhaber des Eisernen Kreuzes aus dem deutsch-französischen Kriege 1870/71 getan. Auch in diesem neuen Werke sollen die mit dem Eisernen Kreuze Ausgezeichneten in Selbstschilderungen ihre Tat in kurzen Zügen darstellen, die ihnen dieses Ehrenkreuz brachte. Er hat et auch die Vorgesetzten und Kameraden für die mit der Feder weniger gewandten oder auf dem Felde der Ehre gestlenen Soldaten einzupringen, damit die Taten dieser tapferen Krieger in dem Werke nicht unerwähnt bleiben. Ein reiches Bilderschma, in erster Linie die Bildnisse der Inhaber des Eisernen Kreuzes neben Szenen aus den Schlachten, Gefechten, wird diese große und denkwürdige Zeit mit ihren Helben der Nachwelt überlebens erhalten, den Teilnehmern zur Erinnerung, den Nachgeborenen zur ewigen Nachlebung.“

Wie schon allgemein bekannt ist, haben auch viele organisierte Arbeiter das Eisern Kreuz erhalten. Es kommt selbstverständlich zuerst auf sie selber an, ob sie Wert darauf legen, in einem solchen Buche „verewigt“ zu werden. Wir sind der Meinung, daß sie ihr Recht nicht unter den Schefel zu stellen brauchen. Wir halten es aber ferner für notwendig, daß die Kollegen und Genossen, die dem Aufrufe des Herrn v. Dindlage-Campe folgen, in ihren Berichten an passender Stelle klar und unabweisend angeben, wes Geistes Kind sie sind und welcher Richtung der organisierten Arbeiterschaft sie angehören.

Vom Ausland.

Schweiz.

Die Verhältnisse in der Uhrenindustrie und der Krieg. Die Uhrenindustrie ist eine Luxusindustrie, die immer schon von jeder Wirtschaftskrise stark in Mitleidenschaft gezogen wurde, vom gegenwärtigen Krieg aber fast vernichtet wird. Nach den Mitteilungen des eidgenössischen Amtes für Kontrolle der Gold- und Silberwaren wurden im September 1913 74 754 goldene Uhren kontrolliert, im September 1914 nur noch 520. Während im September 1913 253 020 Silberuhren vorgelesen wurden, waren es dieses Jahr im entsprechenden Monat nur noch 14 535. Seit August weist die Kontrolle für Silberuhren keine bemerkenswerte Abnahme auf. Dagegen betrug jene für goldene Uhren im August doch noch 4267. Man darf also sagen, daß die Erzeugung goldener Uhren so gut wie ganz aufgehört hat. Das erste Halbjahr 1914 hielt dem von 1913 ziemlich die Wage. Die beiden Kriegsmonate haben aber nun schon einen Rückfall von rund 600 000 Stück Uhren gebracht. Die Uhrenindustrie beschäftigte im Jahre 1912 rund 35 000 Arbeiter, von denen 32 000 Schweizer Bürger sind. Die Zahlen der Uhrenkontrolle weisen somit auf eine fast vollständige Arbeitslosigkeit größten Stils hin, die um so schmerzlicher wiegt, als sie ausschließlich ein Gebiet trifft, nämlich den Sura. Die Zahl der

Uhrenarbeiter im Kantone Bern allein beträgt rund 14 000 und im Kanton Neuchâtel gegen 10 000. Dabei ist nur die Fabrikation von Uhren inbegriffen.

Im dritten Vierteljahr 1914 wurden 71 847 (1913: 218 299) goldene und 273 368 (755 019) silberne Uhren gefertigt...

Natürlich weist auch die Schmutzwarenindustrie einen großen Aufschwung auf. Im ersten Vierteljahr wurden nur 10 699 Stück goldene und silberne Gegenstände abgestempelt...

Die meisten Uhrenfabriken sind geschlossen oder arbeiten nur mit verringerter Arbeiterzahl und bei kürzerer Arbeitszeit weiter. In Grenschen sind alle Uhrenfabriken geschlossen.

Die Uhrenfabrikanten sind geschlossen oder arbeiten nur mit verringerter Arbeiterzahl und bei kürzerer Arbeitszeit weiter. In Grenschen sind alle Uhrenfabriken geschlossen.

Und in einem Bericht aus Grenschen im Östener Arbeiterblatt Neue-freie Zeitung wird darauf hingewiesen, daß die Uhrenfabriken der deutschen Schweiz den sehr anerkanntswürdigen Beschluß gefaßt haben, die Arbeit zu den alten Preisen aufzunehmen...

Bekanntlich hatten die Uhrenfabriken in Grenschen und Umgebung („Leberberg“) anfangs dieses Jahres 2000 Arbeiter ausgegipelt und den Kampf monatelang geführt...

Die vieler Uhrenfabrikanter haben sich unmittelbar an eine andere Fabrikantenorganisation gegen die Vornahme von Lohnreduktionen gewandt und das Schreiben ist feierlichst genehmigt...

Der ungewöhnliche Schritt geschah in der Hauptsache nur zum Wohlfühlens der eigenen Unternehmerviertel, aber nebensächlich auch zum Nutzen der Arbeiter.

In gleicher Weise hat sich auch die Handels- und Industrie-Kammern mit einem Rundschreiben an die Uhren- und Schmuckwaren-Fabrikanten gewandt und ihnen empfohlen, Arbeit so lange an ihre Angestellten und Arbeiter zu verteilen, wie ihnen dies möglich ist...

In mehreren Orten wurden geschlossene Uhrenfabriken wieder eröffnet, so in Langenau eine solche mit ungefähr 120 Personen und für 3 bis 4 Arbeitskräfte in der Woche.

Zu welcher Rolle die Uhrenarbeiter sind, läßt der Verlauf ihrer Bewegung, wie aus dem Bericht hervorgeht, erkennen. Dabei kommen sie nicht ohne Erfolg aus.

So müssen die Uhrenarbeiter noch nie dagewesene schwere Zeiten durchmachen, aus denen sie doch ihre Organisation und andere Erwerbsmöglichkeiten retten werden.

Literarisches.

Hest 3 der Neuen Zeit vom 23. Oktober hat folgenden Inhalt: Kriegskritik. Von R. Kautsky. - Karl Marx und Friedrich Engels in der zweiten Phase des Krieges 1870/71.

Kriegs-Chronik der Arbeiter-Zeitung. Zu den vielen Besprechungen des gegenwärtigen Weltkrieges gefaßt sich eine neue, vom Verlag der sozialdemokratischen Arbeiter-Zeitung in Dortmund...

Ein handlicher KriegsAtlas ist soeben bei Brockhaus in Leipzig erschienen. Für den billigen Preis von 1 M. bietet er nicht weniger als 24 in mehreren Farben ausgeführte Karten.

Die Nation als Rechtsidee. Von Dr. Karl Renner. Vortrag gehalten in der Freien Vereinigung sozialistischer Studenten an der Wiener Universität am 7. März 1914...

Demnächst erscheint als zweite verbesserte Auflage die vom Verlag Alexander Schlick & Cie., Stuttgart, Kötelstr. 16b, herausgegebene Broschüre „Kriegsfürsorge“.

Aus dem reichen Inhalt heben wir hervor: 1. Anferkung der Familien der Kriegsteilnehmer: Wer bekommt Familienunterstützung? Beschäftigung zur Anferkung.

Zur Beachtung! Zur Vermeidung von Verzögerungen ersuchen wir um genaue Beachtung des Folgenden: Es sind zu abfertigen: Mittelnamen wegen Zerfallens des Bundes und Neubildungen des Reichsbundes...

Verbands-Anzeigen.

- Mitglieder-Verfammlungen. (In allen Verfammlungen werden Mitglieder augen.) Dienstag, 3. November: Hanau (Diamantarbeiter). Saalbau. Mittwoch, 4. November: Pöfen. Schweigertal, 8 Uhr.

Demnächst erscheint als zweite verbesserte Auflage die vom Verlag Alexander Schlick & Cie., Stuttgart, Kötelstr. 16b, herausgegebene Broschüre „Kriegsfürsorge“.

Zentralarbeitsnachweis für Graveure und Ziseleure o Berlin C. 54, Linienstraße 83/85. Privat-Anzeigen. (Aufsicht über die Arbeitersuche sind niemals an die Redaktion, sondern nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.)